




Editorial

Das Jahr 2000 hat gute Chancen als „Olympisches Jahr der Dürrekatastrophen“ in die Geschichte einzugehen. Kenia, Äthiopien, Rumänien, der Westen der Vereinigten Staaten und der Nordwesten Chinas – sie alle leiden unter dem selben Problem, wenn auch mit unterschiedlichen Auswirkungen. In den USA betrachten wir die Dürre in erster Linie als Naturkatastrophe, die durch Brände riesige Waldflächen vernichtet und Wohnungen und Eigenheime zu zerstören droht. In solchen Regionen der Erde, in denen Dürren Hungersnöte und großes menschliches Leid verursachen, stehen wir dem Naturphänomen mehr oder weniger hilflos gegenüber. Eine chinesische Studie belegt, dass im Nordwesten Chinas vor 2500 Jahren durchschnittlich alle drei Jahre eine Dürre auftrat. Heute erfolgt dies bereits alle zwei Jahre. Zurückgeführt wird diese Zunahme an Dürren auf die Abholzung der Wälder im Südosten des Landes. Weltweit gesehen heißt das: wenn sich das Tempo der Landumwandlung in den Tropen mit der heutigen Geschwindigkeit fortsetzt, wird an manchen Orten innerhalb eines Jahrhunderts eine Situation eintreten, deren Entstehung in China zuvor zwei Jahrtausende gebraucht hat. Die Diskussion um die Frage, ob ein globaler Klimawandel bevorsteht, wird mittlerweile auf höchster Ebene geführt, wie gerade der Präsidentschaftswahlkampf in den USA zeigt. Dies ist gut so, denn wir sollten schnell verstehen lernen, welche Folgen das Abholzen der Wälder für die Atmosphäre und das globale Klima haben. Bis dahin, muss es oberstes Gebot sein, die Wälder soweit wie möglich zu bewahren.


Prof. Paul L. G. Vlek
Direktor am ZEF

Katastrophen- und Nothilfe- management in Mosambik und Angola

Torsten Feldbrügge

Die Erde ist für Katastrophen anfälliger geworden. Diese Meinung ist immer häufiger zu hören, insbesondere im Zusammenhang mit Entwicklungsländern. In der Tat ist die Anzahl von Katastrophen während des letzten Jahrzehnts tendenziell gestiegen, wobei erfreulicherweise die Zahl der Todesopfer rückläufig ist. Jüngere Trends zeigen, dass die Anzahl kriegerischer Konflikte leicht zurückgeht, die Anzahl an latenten Konflikten gibt allerdings nach wie vor wenig Anlass zu Optimismus.

Die menschlichen Verluste und wirtschaftlichen Kosten von Kriegen und Katastrophen sind immens. Vor diesem Hintergrund hat das ZEF eine Studie durchgeführt, die die „Ökonomik des Katastrophen- und Nothilfe-managements in Entwicklungsländern“ untersucht. Besondere Relevanz erhält dieses Thema durch die Tatsache, dass die Kosten von Krisen langfristige Auswirkungen haben und die gesamte Entwicklung eines Landes negativ beeinträchtigen können. Die Analyse des Zusammenhangs zwischen dem Auftreten von Krisen und der nationalen Ernährungslage in verschiedenen Ländern in den Jahren 1992 und 1997 zeigt beispielsweise, dass die zehn Länder, die die schlechteste Ernährungslage aufweisen, alle Konflikte oder Katastrophen durchlaufen haben.

Weitere Kosten sind zum Beispiel die bi- und multilateralen Ausgaben für Katastrophenhilfe durch die OECD-Länder. Diese Ausgaben betragen auf ihrem Höhepunkt im Jahr 1994 über sechs Milliarden US Dol-

lar oder fast zehn Prozent der gesamten offiziellen Entwicklungshilfe. Allerdings gibt es entgegen anders lautenden Auffassungen sehr gute kurz- und langfristige Gründe für Investitionen in eine effektive Katastrophenhilfe. Neben der humanitären Verpflichtung, unmittelbar bedrohtes Leben zu retten, kann Katastrophenhilfe die Grundlage für eine Rehabilitation legen. Die Ökonomik von Katastrophenmanagement sollte daher in diesem erweiterten Kontext gesehen werden.



Tödliche Hinterlassenschaft der gewaltsamen Konflikte in Mosambik Foto: ZEF

Die jetzt vom ZEF vorgelegte Studie präsentiert einen ökonomischen, konzeptionellen Rahmen, innerhalb dessen sich entsprechende Verbesserungen der auswärtigen Katastrophenhilfe erzielen lassen. Der Schwerpunkt der Studie liegt auf der Bewertung der Rolle von verlässlichen Informationen und deren Austausch in Krisen, besonders zwischen Gebern und Hilfsorganisationen, zwischen Hilfsorganisationen und Betroffenen und hinsichtlich der Kosten von Hilfsmaßnahmen.

Fallstudien

Die Bandbreite der Informationsprobleme und – darauf basierend – die Möglichkeiten der Verbesserung von Katastrophenhilfe wurde vom ZEF anhand von zwei Fallstudien zur Nahrungsmittelnothilfe im südlichen Afrika untersucht. Die erste Studie beschäftigte sich mit der Nothilfe der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) im Februar und März 1997 nach

der Flutkatastrophe in der Provinz Manica in Mosambik. Die zweite Fallstudie analysierte die Nothilfe der Deutschen Welthungerhilfe im kriegerischen Umfeld der Provinz Kwanza Sul nach der Dürrekatastrophe in Angola im Jahre 1997.

Im Falle der Nothilfe in Mosambik sahen sich die Katastrophenmanager einer schwierigen Entscheidung zwischen von der Provinzregierung offiziell geforderter Hilfe und dem möglichen Verstärken einer

lokalen Abhängigkeit von auswärtiger Hilfe ausgesetzt. Die Fallstudie zeigte weiterhin, welche Bedeutung die Informationsbeschaffung im Hinblick auf ein Monitoring der Hilfe oder die Registrierung der Empfänger haben kann. In Angola führten kontroverse Informationen zwischen den Hilfsorganisationen und den Nahrungsmittelgebern über die Schwere der Dürre letztlich zu einem Auslaufen der Hilfe. Verbesserte Kommunikation zwischen den Organisationen und eine stärkere Gewichtung lokal verfügbarer Informationen seitens des Gebers wären hilfreich gewesen.

Doktorandenprogramm

Während das ZEF soeben die Teilnehmer des zweiten Jahrgangs des internationalen Doktorandenprogramms am ZEF begrüßen konnte, sind die Doktoranden des ersten Jahrgangs zu ihren Forschungsaufenthalten aufgebrochen. Nachfolgend werden exemplarisch zwei Forschungsarbeiten vorgestellt, die dank der Unterstützung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) durchgeführt werden können.

Bambusforschung in Zentralchina

Das Shennongjia-Schutzgebiet im bergigen Nordwesten der zentralchinesischen Provinz Hubei ist von ausgedehnten Bambusbeständen durchzogen. Einst war hier der Große Pandabär beheimatet. Heute wird überlegt, den Großen Pandabären erneut im Schutzgebiet anzusiedeln, da der hier vorherrschende Pfeilbambus das bevorzugte Futter der Tiere ist. Ziel der Doktorarbeit ist es, die Bambusbestände botanisch zu charakterisieren, ihre Verteilung im Schutzgebiet zu erfassen sowie das Futterangebot und damit die Tragfähigkeit des Gebiets für eine Pandapopulation abzuschätzen. Weiterhin soll die Dynamik der Bambusbestände untersucht werden, die stark von dem ungewöhnlichen Blühverhalten des Bambus abhängt: Alle Pflanzen eines Bestands oder sogar einer Region blühen zeitgleich und sterben nach der Produktion ihrer Samen ab – ein Umstand, der zu ernsthaften Hungersnöten bei den Pandas führen kann. Die Bambusbestände erneuern sich über ihre Samen, beginnend mit der Samenkeimung und Entwicklung von Keimpflanzen. Die Möglichkeiten, diesen Prozess zu untersuchen, sind selten, weil der Pfeilbambus nur alle 70-80 Jahre blüht. Gegenwärtig bietet sich eine dieser seltenen Gelegenheiten, da der Bambus des Shennongjia-Schutzgebiets kürzlich zu blühen begonnen hat. Die Wiederansiedelung

des Großen Pandas soll dazu beitragen, der Öffentlichkeit die reiche Flora und Fauna des Shennongjia-Schutzgebietes, das für den Erhalt der Biodiversität zu den wichtigsten in China zählt, ins Bewusstsein zu bringen.

Die Forschungsarbeit wird von Zhao-hua Li (Botaniker aus Wuhan, China) in Zusammenarbeit mit dem Institut für Botanik der Universität Bonn durchgeführt.

ICT in Bangladesch and Peru

Vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass der Zugang zu Informationen eine große Bedeutung im Entwicklungsprozess hat, wird der Einfluss von Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) auf Transaktionskosten, Ressourcenallokation und die Leistung der Haushalte in Bangladesch und Peru untersucht.

Der Zugang zu ICT und die damit verbundenen Kostensenkungen haben die Chancen von Entwicklungsländern verbessert, ihr Informationsdefizit zu überwinden. Die Bereitstellung von Mobiltelefonen für arme Frauen in Bangladesch durch die Grameen-Bank oder die Verbreitung von Telefonen durch Deregulierung und Privatisierung in Peru sind zwei aktuelle Beispiele. In diesen Beispielen unterscheiden sich zwar die Anbieter, allerdings sind die Angebote in ihren Wirkungen sehr ähnlich; beide ermöglichen der Bevölkerung in ländlichen Gebieten den Zugang zu Information. Dies bietet eine neue Möglichkeit, die Auswirkung von kostengünstigeren Informationen auf die oben genannten Ziele zu analysieren. Die Studie soll Orientierungshilfen für zukünftige Entwicklungspolitiken hinsichtlich der Bereitstellung von Information und der Armutsbekämpfung bieten.

Shyamal K. Chowdhury, Ökonom aus Bangladesch, führt diese Studie in enger Kooperation mit der Jahangirnagar University, Bangladesh und der Grupo de Análisis para el Desarrollo, Peru, durch.

Effektives Krisenmanagement

Weiterhin zeigten die Fallstudien, dass Informationen über die Rahmenbedingungen der Krisen, ihre Bewertung in der betroffenen Bevölkerung oder ihre Ursachen immens wichtig sind. Diese Kenntnisse helfen, der schlichten Rückkehr zur vorherigen Situation, in der offensichtlich keine ausreichenden Sicherungsmechanismen vorhanden waren, vorzubeugen. Darüber hinaus können ausreichende und verlässliche Informationen dazu beitragen, bestehende Krisen durch Nothilfe nicht zu verschärfen. In der Studie wird deutlich, dass Katastrophenmanager das Potential für mögliche Reformen von Sicherungssystemen in Krisen stärker beachten sollten. Die äußeren Bedingungen von Krisen machen es notwendig, die Hilfsmaßnahmen jeweils angepasst zu gestalten und nicht mit vorgefertigten Lösungen zu operieren. Investitionen in diese Art von Kriseninformationen haben einen hohen Nettonutzen, wenn nicht nur die direkten Kosten der Informationsbeschaffung berechnet werden, sondern auch der Nutzen durch verbesserte Hilfe in Betracht gezogen wird. Hinzu kommt, dass es in Krisensituationen oftmals schwierig ist, die vorhandenen Informationen angemessen zu interpretieren.

Weiterhin können sich flexiblere Strukturen der Mittelvergabe von Geber an Hilfsorganisationen positiv auswirken. Voraussetzung ist die vorherige Einigung auf Minimumstandards beim Monitoring von Hilfsmaßnahmen. Bezüglich der oft vernachlässigten Strukturierung von Entscheidungen in Krisensituationen wird ein computer-gestütztes Entscheidungssystem für das Katastrophenmanagement vorgeschlagen.

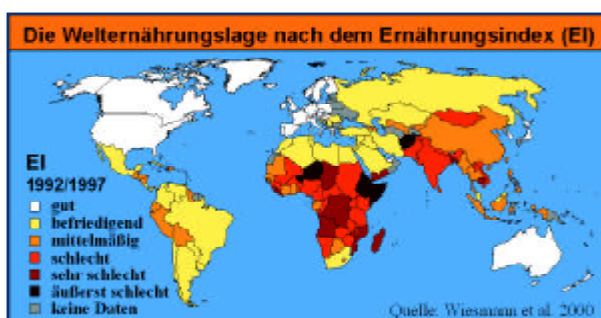


Torsten Feldbrügge ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEF und hat die Forschungsarbeiten in Angola und Mosambik durchgeführt.

Der Internationale Ernährungsindex

Doris Wiesmann und Torsten Feldbrügge

Der vom ZEF entwickelte Internationale Ernährungsindex (EI) dient als Maß für die Analyse von Leistungen und Trends bei der Bekämpfung von Hunger und Mangelernährung in einzelnen Ländern und Gesamtregionen.



Der Ernährungsindex spiegelt komplementäre Aspekte der Ernährungslage eines Landes wider, indem er folgende Indikatoren einschließt:

- den Prozentsatz der Unterernährten in der Bevölkerung,
- die Häufigkeit von Untergewicht bei Kindern unter fünf Jahren, und
- die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren.

Die verfügbaren Daten, die aufbereitet und durch eigene Schätzungen ergänzt wurden, erlauben die Berechnung des Ernährungsindex für die große Mehrheit der Entwicklungsländer und drei Zeitpunkte (1981, 1992 und 1997). Sowohl in Nordafrika und dem Nahen Osten, als auch in Lateinamerika und der Karibik wurde – gemessen am EI - eine nahezu befriedigende Ernährungssituation erreicht. Die Ernährungslage in Südasien ist immer noch schlecht und in den meisten südostasiatischen Ländern allenfalls mittelmäßig, aber in dieser Region können seit Anfang der achtziger Jahre vielversprechende Verbesserungstrends beobachtet werden. In weiten Teilen Afrikas südlich der Sahara ist die Ernährungslage schlecht oder sogar äußerst schlecht, und die jüngsten Trends geben wenig Anlass zum Optimismus.

In weiteren Analysen wurden signifikante Korrelationen zwischen Ernährungsindexwerten und der Häufigkeit von Mikro-

nährstoffmängeln festgestellt. Auch zwischen volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und der Möglichkeit der Menschen, ein von Hunger und Mangelernährung freies Leben zu führen, besteht eine enge Verbindung. Dennoch offenbart der Vergleich von EI und Pro-Kopf-Einkommen, dass in vielen Ländern ein großer wirtschaftlicher Spielraum ungenutzt geblieben ist, der für Maßnahmen zur Verringerung von Hunger und Mangelernährung eingesetzt werden könnte. Mit dem Ernährungsindex und seiner Funktion als internationalem Überwachungsinstrument verbindet sich die Hoffnung, dass Länder verstärkt über die Einhaltung eingegangener Verpflichtungen Rechenschaft ablegen und dass notwendige Verbesserungen der Ernährungslage beschleunigt werden.

Der Ernährungsindex wird zusammen mit einer breiten Auswahl ernährungsrelevanter Indikatoren im neuen „Jahrbuch Welternährung“ vorgestellt, das kürzlich von der Deutschen Welthungerhilfe, dem Interna-



Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke bei der Vorstellung des Jahrbuchs Welternährung am 29. März in Berlin

Foto: Jungeblodt

tionalem Forschungsinstitut für Ernährungspolitik (IFPRI) in Washington und dem ZEF gemeinsam herausgegeben wurde. Weitere Themengebiete im „Jahrbuch Welternährung“ reichen vom Einfluss der Handelsliberalisierungen bis zu den Auswirkungen der Biotechnologie auf die Ernährungssicherung in Entwicklungsländern.

Doris Wiesmann und Torsten Feldbrügge sind wissenschaftliche Mitarbeiter am ZEF.

Desertifikation - Wie den Trend umkehren?

J.C. Katyal und P.L.G. Vlek

Desertifikation ist die Degradierung von Vegetation und Böden in trockenen, halbtrockenen und sub-humiden Regionen. Sie wird hauptsächlich durch eine nicht nachhaltige Ausbeutung der natürlichen Ressourcen über deren Belastbarkeitsgrenze hinaus verursacht. Diese „Verwüstung“ führt zu einem ständigen Rückgang der wirtschaftlichen Produktivität der Landwirtschaft in den betroffenen Ökosystemen. In Trockengebieten dominieren drei Formen der Landnutzung, die verschiedene Lösungsansätze erfordern.

Weideland stellt die primäre Nutzungsform in Trockengebieten dar (4,5 von insgesamt 5,2 Milliarden Hektar). Hauptursache für die Desertifikation ist hier die auf Überweidung und Brennholzentnahme beruhende Zerstörung der Pflanzendecke.

Die von Regenwasser abhängigen Anbauflächen nehmen eine Fläche von 457 Millionen Hektar ein, von denen 216 Millionen Hektar hauptsächlich durch Boden-degradation zerstört sind. Es ist überwiegend die auf solchen Anbauflächen häufig beobachtete Erosion, die eine Abnahme der Bodenfruchtbarkeit zur Folge hat. Erodierete Böden sind strukturell instabil und anfällig für Verhärtung und Verdichtung. Zudem begrenzen Armut und unvorhersehbare Niederschlagsverteilung die Optionen für ein besseres Management. Regenwassersparmaßnahmen werden hingegen oft nicht angewandt, da Landnutzungsrechte unklar sind und Regierungsprogramme oft eine zentralisiert gesteuerte Verwaltung haben. Fehlende Kenntnisse über geeignete wassereffiziente Techniken und Landnutzungsalternativen, aber auch eine inadäquate Marktstruktur sind zusätzliche Gründe für schlechtes Regenwassermanagement. Lösungsmöglichkeiten in diesem Sektor sind: (1) eine Stärkung der Eigentumsrechte innerhalb der Landnutzungsrechte, (2) die Einbeziehung der Kommunen in das Regenwasser-Management, (3) die Einbeziehung von Wissenschaft, um eine effizientere Nutzung von Regenwasser zu erreichen, die in Einklang mit hochwertigen, auf lokalem Wissen basierenden Landnutzungsoptionen steht, und (4) Regierungsunterstützung für die Entwicklung einer von Regenwasser abhängigen Landwirtschaft.

Bewässerte Anbauflächen nehmen weltweit eine Fläche von 145 Millionen Hektar ein. Davon sind 41 Millionen Hektar von reversibler Degradierung betroffen, die vorwiegend durch Versalzung und Wasserstau verursacht werden. Bei der Bewässerung mit Kanalwasser gibt es drei mögliche An-

sätze, überschüssiges Salz und Wasser zu entfernen und transport- und anwendungsbedingte Wasserverluste zu minimieren: (1) die Einführung von effektiven Drainagesystemen inklusive Forschung an Biodrainage-Techniken; (2) gut abgedichtete bzw. geschlossene Wassertransportsysteme sowie effektive Bewässerungstechniken und (3) die Einführung eines partizipativen Managements des Bewässerungssystems. Auch wenn Drainage- und dichte Transportsysteme kostspielig sind, sind sowohl die wirtschaftlichen als auch die ökologischen Gewinne hoch.

Die ganze Strategie zur Wiedergewinnung von verödetem Land dreht sich vor allem um das Wasser. Es wird entweder benötigt, um die Vegetation auf Weideland wieder herzustellen, um die Produktivität von Anbauflächen, die von Regen abhängen, zu erhöhen oder den Verlust von Anbauflächen, die in Bewässerungsflächen umgewandelt werden, aufzuhalten. Desertifikation ist durch menschliche Aktivität entstanden; jetzt sind neue Strategien gefragt, denn sonst werden in Zukunft aus den heute betroffenen 900 Millionen Menschen Milliarden.

Dr. J. C. Katyal ist Direktor der National Academy of Agricultural Research Management (NAARM) in Hyderabad, India, und war Gastwissenschaftler am ZEF 1999/2000. Prof. Paul Vlek ist Direktor am ZEF.

Wasser- und Landnutzung in Usbekistan

Christopher Martius und Anja Schoeller-Schletter

Die Aralseeregion wurde 1992 durch die UNO zum „ökologischen Katastrophengebiet“ erklärt. Die Region ist ein dramatisches Beispiel dafür, wie die jahrzehntelange Förderung von Monokulturen und eine expandierende Bewässerungslandwirtschaft in Verbindung mit unzureichendem Management und unter Missachtung der ökologischen Bedingungen zur Zerstörung eines ganzen Ökosystems bis hin zu klimatischen Veränderungen auf überregionaler Ebene führen kann. Der kontinuierliche Wasserverlust des Aralsees seit den sechziger Jahren ist vor allem auf einen verminderten Wasserzufluss zurückzuführen. Hohe Wasserentnahmen und ineffiziente Bewässerungssysteme verursachen bereits in den beiden größten Zuflüssen des Aralsees, dem Amu-Darya und dem Syr-Darya niedrige Wasserstände. Nur eine drastische Restrukturierung der regionalen Landwirtschaft wird es ermöglichen, den Aralsee zu stabilisieren.

Angesichts vorgeschriebener Anbauquoten und zentralisierter Wasserzuteilung verfehlen neuere Maßnahmen, wie beispielsweise die Einführung von wirtschaftlichen Anreizen zur Wassereinsparung oder die ansatzweise Privatisierung von kleinen Farmen, im planwirtschaftlich geprägten

System ihre Wirkung. Unklare Nutzungsrechte führen zu Rechtsunsicherheit und hemmen Verantwortungsbewusstsein, Privatinitiativen und Investitionen in neue Wirtschaftsbereiche.

Angesichts der Komplexität des Problems kann eine effektivere und nachhaltigere Land- und Wassernutzung nur durch ineinandergreifende Konzepte im Hinblick auf ein nachhaltiges Ressourcenmanagement sowie wirtschaftliche und rechtlich-administrative Reformen erreicht werden. Neue landwirtschaftliche Produktionsmethoden müssen konzipiert und getestet, Wasser- und Landverteilungsverfahren analysiert, die rechtlichen Grundlagen landwirtschaftlicher Produktion untersucht und die Möglichkeiten der Vermarktung von neuen Feldfrüchten evaluiert werden. Zur Zeit erarbeitet das ZEF eine vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziell unterstützte Machbarkeitsstudie, die in enger Zusammenarbeit mit der UNESCO und mehreren Forschungseinrichtungen in Usbekistan Möglichkeiten der Zusammenarbeit untersucht. Bis zum Jahresende 2000 soll ein Vorschlag für ein gemeinschaftlich ausgearbeitetes Forschungsprojekt vorgelegt und beim BMBF eingereicht werden.



Dr. Christopher Martius, Bodenbiologe, und Anja Schoeller-Schletter, Juristin, bereiten das interdisziplinäre Projekt gemeinsam mit weiteren Mitarbeitern am ZEF vor.

Neue Publikationen des ZEF

ZEF Discussion Papers on Development Policy

Nr. 26 - Wiesmann, D., von Braun, J., Feldbrügge, T.: An International Nutrition Index - Successes and Failures in Addressing Hunger and Malnutrition, 56 S., Bonn, 2000.

Nr. 27 - Torero, M.: The Access and Welfare Impacts of Telecommunications Technology in Peru, 30 S., Bonn, 2000.

Nr. 28 - Hartmann-Wendels, T., Menkhoff, L.: Could Tighter Prudential Regulation Have Saved Thailand's Banks?, 40 S., Bonn, 2000.

Nr. 29 - Dev, M.: Economic Liberalisation and Employment in South Asia, 82 S., Bonn, 2000.

Nr. 30 - El-Mikawy, N., Hashem, A., Kassem, M., El-Sawi, A., El-Sawy, A. H., Showman, M.: Institutional Reform of Economic Legislation in Egypt, 72 S., Bonn, 2000.

Nr. 31 - Roy, K., Ziemek, S.: On the Economics of Volunteering, 47 S., Bonn, 2000.

ZEF Discussion Papers können kostenlos unter der Nummer 0228/73-1861 oder per E-Mail (zef@uni-bonn.de) angefordert werden.

ZEF - Bücher

Wehrheim, P., Froberg, K., Serova, E., von Braun, J. (eds.): Russia's Agro-food Sector: Towards Truly Functioning Markets, 552 pp., Kluwer Academic Publishers, Boston/Dordrecht, 2000. ISBN 0-7923-7841-5

Artikel

van de Giesen, N.C., Stomph, T.J., de Ridder, N. (2000): Scale Effects on Hortonian Overland Flow and Rainfall-Runoff Dynamics in a West African Catena Landscape, Hydrological Processes Vol. 14 (No. 1), pp. 165-175.

Sommer, R., Denich, M., Vlek, P.L.G. (2000): Carbon storage and root penetration in deep soils under small-farmer land-use systems in the Eastern Amazon region, Brazil. Plant and Soil 219, pp. 231-241.

Jütting, J. (2000): Transmission of Price Shifts in the Context of Structural Adjustment: An empirical analysis for staple food after the devaluation of the Franc CFA in Ivory Coast. In: Agricultural Economics, Vol. 22, pp. 67-74.

Jütting, J. (1999): Social Security Systems in Low Income Countries: An Overview from an Institutional Perspective. In: Indian Journal of Labour Economics, Vol. 42, No. 3, pp. 341-360.

Vertreibung in Kolumbien

Stefanie Kirchhoff

In Zusammenarbeit mit der Universidad de Los Andes in Bogotá erarbeitet das ZEF Vorschläge für Politikmaßnahmen, die den Vertriebenen in Kolumbien in ihrer neuen Heimat eine langfristige Perspektive geben sollen.

Der anhaltende bewaffnete Konflikt um die wirtschaftliche und politische Macht in Kolumbien hat von 1985 bis 1997 rund 1,2 Millionen Menschen, die meisten von ihnen Frauen und Kinder, gezwungen, ihre Heimatorte zu verlassen. Kolumbien gehört zu den zehn Ländern mit der höchsten Anzahl von Vertriebenen auf der Welt. Der anhaltende und steigende Trend der Vertreibung und die begrenzte Aufnahmefähigkeit der Städte erhöhen zunehmend die Notwendigkeit von Politikmaßnahmen im Bereich der Prävention, Hilfe und Umsiedlung. Ein von der kolumbianischen Nationalen Planungsbehörde und der Forschungsstiftung ‚Colciencias‘ finanziertes Projekt zielt auf einen Beitrag zur Entwicklung solcher Politikmaßnahmen hin, indem es die Determinanten und Effekte der Vertreibung auf der Haushaltsebene untersucht. Einige vorläufige Ergebnisse einer Befragung von 400 Haushalten in Gebieten der Vertreibung und der Neuan siedelung sind hier dargestellt.

Ursachen

Die Umfragen bestätigen, dass gewalttätige Konflikte die Hauptursache von Vertreibung sind. Die am häufigsten als Verursacher der Vertreibung genannten Akteure sind die Paramilitärs, gefolgt von der Guerilla. Die Wahrscheinlichkeit einer Vertreibung steigt wesentlich, wenn Haushaltsmitglieder zum Ziel von Mord- oder sonstigen Drohungen werden. Die Analyse zeigt, dass Landbesitzer, Mitglieder lokaler Organisationen, sowie jüngere Haushaltsvorstände besonders oft die Opfer solcher Drohungen sind. Wenn Haushaltsmitglieder, Freunde oder Personen aus benachbarten Dörfern selbst Opfer gewalttätiger Ereignisse wurden (z.B. Folter, Ermordung, Massaker) führt dies ebenfalls zu einer wesentlichen Erhöhung der Wahrscheinlichkeit, dass ganze Familien aus ihrer Heimat fliehen.

Ökonomische Faktoren spielen ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Entschei-

dung, die Heimat zu verlassen oder nicht. Familien mit einem ursprünglich höheren Lebensstandard (größerer Landbesitz, besserer Zugang zu Schulbildung und öffentlichen Diensten) sind weniger bereit, ihre Heimat zu verlassen, als Haushalte mit einem relativ niedrigen Lebensstandard - ein Ergebnis, das mit ökonomischen Migrationstheorien konsistent ist. Die Mehrheit der Vertriebenen in Kolumbien sind Familien, die aus ländlichen Gebieten stammen und nur über geringe Einkommen verfügen. Die Hälfte der Befragten lebte vor der Vertreibung seit mehr als zwanzig Jahren in ihrer Heimatregion. Viele waren Bauern, die ihr Land und andere Besitztümer an die aufständischen Gruppen verloren. Häufig fehlen diesen Menschen die notwendigen Fähigkeiten, um einen Arbeitsplatz in der Stadt, in die sie geflohen sind, zu finden. Ungefähr ein Drittel der vertriebenen Haushaltsvorstände wurde dauerhaft arbeitslos. Andere arbeiten als Straßenverkäufer, Haushaltshilfen oder Bauarbeiter. Während fast zwei Drittel der befragten Vertriebenen ursprünglich in ihren eigenen Häusern lebten, wohnen die meisten nach der Vertreibung in gemieteten Zimmern oder Wohnungen, Herbergen oder bei Verwandten und Freunden, vielfach in Rand- und Slumgebieten.

Politikempfehlungen

Es ist offensichtlich, dass eine wirkliche Lösung des Vertreibungsproblems nur durch ein Ende des gewalttätigen Konfliktes in Kolumbien möglich ist. Solange jedoch ein Frieden unwahrscheinlich bleibt, lassen sich einige Politikempfehlungen aus der Studie ableiten. So sollte sich der Schutz durch die Regierung mehr auf die am meisten gefährdeten Gruppen konzentrieren. Verstärkte Polizeipräsenz könnte zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in Gebieten der Gewalt beitragen. Die Ergebnisse zeigen auch, dass die Erwartungen der betroffenen Haushalte hinsichtlich der Wohnlage, des Arbeitsmarktes und der zu

erwartenden Hilfe im Falle einer Vertreibung wesentlich von der Wirklichkeit abweichen. Dies deutet auf eine wichtige Rolle für die Bereitstellung diesbezüglicher Informationen vor der Vertreibung hin. Circa 60 Prozent der Vertriebenen sind jünger als 16 Jahre, was auf die Notwendigkeit von spezifisch auf die Bedürfnisse und Traumas der Kinder und Jugendlichen ausgerichteten Programmen hinweist. Die meisten derzeit bestehenden Hilfsprogramme konzentrieren sich auf die Bereitstellung der notwendigsten Bedürfnisse direkt im Anschluss an die Vertreibung (z.B. Herbergen, Nahrungsmittel, Decken). Diese Programme sind von wesentlicher Bedeutung für die Vertriebenen, sichern jedoch nicht deren langfristigen Lebensunterhalt. Bei einer direkten Befragung nach ihren gegenwärtig dringendsten Bedürfnissen gaben die meisten Befragten an, Hilfe bei der Arbeitssuche oder Kredite zum Aufbau eines eigenen Kleinunternehmens zu benötigen. Mehr als ein Drittel nannte auch das Bedürfnis nach Schulbildung der



Viele Vertriebene in Kolumbien sind gezwungen, sich als Straßenverkäufer durchzuschlagen
Foto: ZEF

Kinder. Ein besonders beunruhigendes Ergebnis ist zudem, dass 28 Prozent der Befragten angaben, Geld zum Kauf von Nahrungsmitteln zu benötigen. Umsiedlungsprogramme stellen eine Option zur Hilfe der Vertriebenen sowie einer Erleichterung des Druckes auf die Zielstädte dar. Als minimale Bedingungen für ihre Teilnahme an einem solchen Programm nannten die meisten der Befragten, dass es keine bewaffneten Konflikte in der Umsiedlungsregion geben dürfe und finanzielle Unterstützung beim Neuanfang sowie Verfügungsrechte über eine Wohnung und ein Stück Land gegeben sein sollten.



Dr. Stefanie Kirchhoff ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZEF und führt das Projekt gemeinsam mit den Partnern in Kolumbien durch.

Standpunkte

Professor Dong Fu-Reng lehrt an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften in Peking Ökonomie und ist Mitglied des ZEF - Beirats



ZEF: China ist kurz davor, der WTO beizutreten. Wie wird sich dieser Schritt langfristig auf die Wirtschaft Chinas auswirken? Wo sehen Sie Chancen und Risiken im Handel?

Dong Fu-Reng: Der WTO-Beitritt wird das Wirtschaftswachstum in China langfristig anschieben, aber kurzfristig auch einige negative Auswirkungen haben: China wird weiter in die Weltwirtschaft integriert werden. Die wirtschaftlichen Reformen in Richtung Marktwirtschaft und die Öffnung des chinesischen Marktes werden gefördert werden, so dass auch ausländische Direktinvestitionen zunehmen werden. Der internationale Wettbewerb macht zwangsläufig Reformen notwendig. Dies betrifft insbesondere die chinesischen Staatsunternehmen. Hingegen werden sich für chinesische Privatunternehmen bessere Expansionsmöglichkeiten ergeben. Zu den unter starkem Wettbewerbsdruck stehenden Sektoren zählen die Automobilhersteller und Zulieferbetriebe, der Agrarsektor, die Telekommunikation sowie der Banken- und Versicherungssektor. Arbeitsintensive Branchen wie die Textilindustrie werden vom Beitritt profitieren, wobei allerdings auch nur die Unternehmen mit entsprechend wettbewerbsfähigen Technologien überleben werden.

ZEF: Innovation, Wissenschaft und Technologie sind die Antriebskräfte von langfristigem Wachstum. Wie sieht es in China in diesen Bereichen aus, und welche Politikmaßnahmen sind künftig zu erwarten?

Dong Fu-Reng: Es ist ein grundlegendes Ziel der Politik Chinas, mit Hilfe von Wissenschaft, Technik und Ausbildung den Aufschwung zu fördern. Die Investitionen der chinesischen Regierung im Bereich der Grundlagenforschung haben zugenommen. Außerdem wird der private Sektor gefördert, um Entwicklungen im angewandten Bereich voranzutreiben. Einige Probleme ergeben sich noch hinsichtlich der Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel dem Schutz geistigen Eigentums oder der Schaffung von Anreizen für die Entwicklung von technischen Innovationen. Inländische und ausländische Investitionen im Bereich der Entwicklung von Hochtechnologien wurden durch Gründung von Hochtechnologie-Sonderzonen und mit Hilfe von Fördermaßnahmen gewonnen. Die Kernbranchen sind Telekommunikation, Biotechnologie, neue Energien, neue Materialien und Umwelttechnologie.

ZEF: Wie geht China mit dem Problem der Entlassungen von Arbeitern aus ehemals staatlichen Unternehmen um, und welche Rolle spielen klein- und mittelständische Unternehmen (KMUs)?

Dong Fu-Reng: Die Beschäftigungsfrage ist eine problematische Angelegenheit für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas. Für die überflüssigen Arbeiter der Staatsunternehmen, sowohl in den Städten als auch in den ländlichen Gebieten, müssen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Daher fördert die Regierung die Entwicklung von Privatunternehmen, insbesondere von KMUs. Im Jahr 1998 betrug der Anteil der Privatunternehmen an den Industrieunternehmen etwa 70 Prozent. Allerdings gibt es immer noch Faktoren, die die Entwicklung von Privatunternehmen behindern. Hierzu zählt der beschränkte Zugang zu bestimmten Branchen wie Banken, Versicherungen, Telekommunikation, Luftverkehr und Eisenbahn und

der Mangel an qualifiziertem Personal. Darüber hinaus sind die Möglichkeiten, Kapital auf dem Wertpapiermarkt zu beschaffen, für die KMUs sehr begrenzt. Zur Lösung dieser Probleme wurden zum Beispiel in den Banken Abteilungen für KMUs errichtet. Beschäftigungseffekte sollen auch von politischen Maßnahmen zur Entwicklung von kleinen und mittelgroßen Städten und zur Beschleunigung des Urbanisierungsprozesses ausgehen. Dies ist vor dem Hintergrund des geringen Urbanisierungsgrades zu sehen. Im Jahr 1999 betrug in China der Anteil der städtischen Bevölkerung an der gesamten Bevölkerung nur 30 Prozent

ZEF: Was bleibt zu tun, um das Armutsproblem, insbesondere in den ländlichen Regionen, zu bekämpfen?

Dong Fu-Reng: China hat im Bereich der Armutbekämpfung beträchtliche Erfolge erzielt, aber das Ziel, die Armut zum Ende dieses Jahrhunderts völlig zu beseitigen, konnte nicht erfüllt werden. Noch immer leben in China 32 Millionen Menschen unterhalb eines minimalen Lebensstandards, was Ernährung und Bekleidung angeht. Rund 20 Millionen Menschen wirtschaften auf einer Basis, die es ihnen nie erlauben wird, die Armutsgrenze zu überwinden; eine Umsiedlung in andere Regionen ist notwendig. Ein Teil der Bevölkerung, insbesondere in ländlichen Regionen, ist nach einem vorübergehenden Aufstieg wieder in die Armut zurückgefallen. Die Ursachen sind vielfältig: Anpassungsprobleme Überproduktion, fehlende Absatzmöglichkeiten, geringer Ausbildungsstand, Mangel an Kapital sowie Naturkatastrophen, Familientragödien usw. sind nur einige. Es ist notwendig, den Bauern Marktinformationen zu geben, Fortbildung zu ermöglichen und Kredite zu gewähren. Ergänzend sollte das ländliche System der sozialen Sicherung erneuert bzw. wieder aufgebaut werden.



Internationaler Beirat gibt wertvolle Impulse für künftige Arbeit des ZEF

Am 19. August 2000 traf sich in Bonn zum zweiten Mal der Internationale Beirat des ZEF. Schwerpunkte der diesjährigen Beratungen waren die derzeitige und künftige Rolle des Zentrums auf nationaler und internationaler Ebene. Unter der Leitung der stellvertretenden Vorsitzenden des Beirats, Margarita de Botero, diskutierte der Beirat insbesondere die langfristige Strategie des Zentrums inklusive der Forschungsagenda. Darüber hinaus wurden finanzielle und administrative Aspekte sowie die

bevorstehende Evaluierung erörtert. Die Beiratssitzung fand in einer sehr konstruktiven und offenen Atmosphäre statt. Dazwischen präsentierten verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZEF ihre Forschungsarbeiten. Die Beiratsmitglieder begrüßten die Möglichkeit, mit den Wissenschaftlern zu diskutieren. Dies sei eine hervorragende Gelegenheit, die Arbeiten am ZEF besser zu verstehen und einzuordnen und helfe sehr, Empfehlungen für die künftige Ausrichtung des Zentrums zu geben.

kurz notiert

Im Juli hat der brasilianische Forschungsrat (CNPq) das dreijährige Projekt "Management von pflanzlichen Abfällen und seine Auswirkungen auf Streuabbau und Bodenmakrofauna in Agroökosystemen Zentralamazoniens" bewilligt. Der Projektantrag wurde vom Staatlichen Museum für Naturkunde Karlsruhe (SMNK) und dem ZEF (Abteilung Ökologie und Natürliche Ressourcen) in Zusammenarbeit mit Embrapa - Amazônia Ocidental, dem Brasilianischen

Agrarforschungsinstitut in Manaus, gestellt. Als Folgeprojekt zu "Bodenfauna und Streuzersetzung in Primär- und Sekundärwäldern und einer Holz-Mischkultur Amazoniens" (1996-99) soll die praktische Anwendbarkeit der bis dato erzielten Ergebnisse im Bodenmanagement von Kleinbauernfarmen überprüft werden.

Die Robert Bosch Stiftung ermöglicht künftig deutschen Doktoranden der Fachrichtungen Agrar- und

Forstwissenschaften die Teilnahme am internationalen Doktorandenprogramm des ZEF. Hierzu stellt die Stiftung Stipendien und Forschungsgelder zur Verfügung. Sie will damit langfristig die Präsenz deutscher Wissenschaftler in internationalen Forschungseinrichtungen und Organisationen des Agrarsektors stärken. Neben dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwick-

lung, konnte das ZEF damit einen weiteren, wichtigen Förderer des Programms gewinnen.

Die Internationale Vereinigung der Agrarökonominnen (IAAE) hat Joachim von Braun, Direktor am ZEF, Ende August zu ihrem neuen Präsidenten gewählt. Die IAAE zählt weltweit über 1800 Mitglieder. Diese sind in über 90 Ländern aktiv und befassen sich schwerpunktmäßig mit Fragen der Landwirtschaft, Ernährung, Umwelt, ländlicher Entwicklung und internationalem Handel.

Sollen Menschenrechte Priorität haben?

Chris Jones-Pauly

Sollen Menschenrechte zum ausdrücklichen Ziel von Entwicklungs-, Handels- und Investitionspolitik gemacht werden? Ein ZEF-Workshop am 9. und 10. November 2000 soll dazu beitragen, diese Frage zu klären.

Das Bestreben, Menschenrechte zum Hauptziel von Entwicklung zu machen, hat weitreichende Konsequenzen. Zum einen wird damit die Frage aufgeworfen, ob Menschenrechte als Entwicklungsziel wichtiger sind als Wachstum oder ob Menschenrechte das Ziel von Wachstum sein sollten. Die Argumente für und gegen eine solche Neudefinition müssen ebenso wie die daraus erwachsenden politischen und institutionellen Schwierigkeiten in Betracht gezogen werden. Es ergeben sich Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Geber- und Empfängerstaaten sowie zwischen Empfängerstaaten und privaten Investoren, die sich in handelsbezogenen Hilfsprojekten engagieren.

Der Zeitpunkt scheint gekommen, Konditionalität und Sanktionen zu überdenken, um eine neue Definition von vertraglichen Beziehungen erörtern zu können. Die sich daraus ergebende Frage ist, ob damit alle Beteiligten dazu verpflichtet werden können, die Mittelvergabe für direkte Entwicklungshilfe sowie für handels- und investitionsbezogene Hilfe menschenrechtlichen Kriterien zu unterstellen. Mechanismen zur Durchsetzung vertraglicher Vereinbarungen wie auch deren Revision werden hier

relevant. Es muss diskutiert werden, wie diese Mechanismen ausgestaltet werden sollten und wie sie als integraler Bestandteil von Entwicklungshilfe und handels- oder investitionsbezogener Hilfe etabliert werden können. Schließlich ist der größere Zusammenhang und die Wechselwirkungen zwischen Menschenrechten und Entwicklung zu klären.

Zu Beginn des Workshops sollen die politischen und institutionellen Hindernisse aufgezeigt werden, die dem Versuch entgegenstehen, Menschenrechte zum ausdrücklichen Ziel von Entwicklung oder Wachstum zu erklären. Anschließend soll untersucht werden, ob und gegebenenfalls wie diese Hindernisse überwunden werden können. Vor diesem Hintergrund erhalten Repräsentanten von bilateralen Hilfsorganisationen, Privatunternehmen und Nichtregierungsorganisationen (NROs) die Gelegenheit, anhand von konkreten positiven und negativen Umsetzungsbeispielen den Grad der Integration von Menschenrechten in die Strategie ihrer Organisationen darzulegen. Das Für und Wider verschiedener Ansätze, mit denen gegenwärtig in multilateralen Entwicklungshilfeeinrichtungen und internationalen NROs gearbeitet wird, ist ebenso relevant wie Strategien für die Zukunft. Abschließend muss die Frage gestellt werden, ob ein grundsätzlicher Konsens über Menschenrechte als Grundsatz für politische, ökonomische und rechtliche Entscheidungen im Bereich von Entwicklungshilfe und Handel erreicht werden kann. In der letzten Diskussionsrunde sollen Schwerpunkte zukünftiger Forschung und Politik erarbeitet werden.

ZEF-Kalender

SEPTEMBER

11. September: 17.30 – 19.30 Uhr
6. Bonner Entwicklungspolitischer Dialog mit Kemal Dervis, Vizepräsident Weltbank: „Globalization and Equity“; Veranstaltungsort: ZEF, Bonn.

DEZEMBER

4. Dezember: Verleihung des Deutschen UNIFEM-Preises für nachhaltige Selbsthilfeprojekte von Frauen mit Heidemarie Wiczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Komitee für UNIFEM und der Stadt Bonn); Veranstaltungsort: ZEF, Bonn.
6. – 8. Dezember: Internationale Konferenz „Tropical Agriculture in Transition – Opportunities for Mitigating Greenhouse Gas Emissions?“ (in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer Institut für Atmosphärische Umweltforschung, Garmisch-Partenkirchen); Veranstaltungsort: Gustav-Stresemann-Institut, Bonn.
14. – 16. Dezember: Internationale Konferenz „Facing Ethnic Conflicts – Perspectives from Research and Policy-making“; Veranstaltungsort: Haus der Geschichte und ZEF, Bonn.

Dr. Dr. Chris Jones-Pauly ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung „Politischer und Kultureller Wandel“ am ZEF.



Mehr Lebensqualität auf dem Land

Monika Reule

Ob in Afrika, Asien, Europa oder sonst wo auf der Welt: die Lebensqualität auf dem Land muss stimmen, sonst wandern die Menschen in die Städte ab. Meist ist ein Bündel von Maßnahmen erforderlich, um diesem Ziel näher zu kommen. Beispiele zeigte der „Globale Dialog zur Zukunft des Dorfes im 21. Jahrhundert“.

Rund 300 Dorf- und Stadtvertreter, Wissenschaftler, Politiker und führende Vertreter der Wirtschaft aus aller Welt waren der Einladung des ZEF auf das EXPO-Gelände nach Hannover gefolgt. Vom 15. – 17 August diskutierten sie im Rahmen des „Globalen Dialogs zur Zukunft der ländlichen Räume im 21. Jahrhundert“ die Schwierigkeiten und Möglichkeiten, die das Leben auf dem Land mit sich bringt.

Immer mehr Menschen weltweit verlassen den ländlichen Raum, um in der Stadt zu leben. In den westlichen Industrienationen wohnen und arbeiten heute bereits mehr als drei Viertel der Bevölkerung in städtischen Gebieten. Auch in den Entwicklungsländern, in denen die

Mehrheit der Menschen noch auf dem Land lebt, lässt sich dieser Trend beobachten. Viele Menschen sind gezwungen, aufgrund der wirtschaftlichen, politischen oder auch ökologischen Lage auf dem Land, ihre Heimat zu verlassen. Andere Menschen treibt die Hoffnung und die Suche nach einem vermeintlich besseren Leben in die Stadt. Oft treffen sie dort dann auf genau die Situation, der sie entkommen wollten: menschenunwürdige Lebensumstände, Arbeitslosigkeit und Armut.

„Wir müssen aufhören, Städte und ländliche Gebiete als isolierte Lebensräume zu betrachten“, forderte Klaus Töpfer, Generaldirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen. Die große Herausforderung sei es, die gegenseitige Abhängigkeit von Stadt und Land anzuerkennen und deren Beziehungen zu stabilisieren. Hier spiele das soziale Umfeld, das das Dorfleben biete, eine wichtige Rolle.

Nach wie vor hängen die meisten Menschen, die auf dem Land leben – insbesondere in Entwicklungsländern - von der Landwirtschaft ab. Hinzu kommt, dass nach derzeitigen Schätzungen bis zum Jahr 2025 die Nahrungsmittelproduktion verdoppelt werden muss, um dann rund acht Milliarden Menschen ernähren zu können. Die Teilnehmer waren sich daher schnell einig, dass auf dem Land Möglichkeiten geschaffen werden müssen, um die Nahrungsmittelproduktion zu erhöhen - ohne gleichzeitig die natürlichen Ressourcen auf Dauer zu schädigen. Dass dies oftmals mit ganz einfachen Maßnahmen

Klaus Töpfer



Musiker aus Palästina

Talkshow mit Betty Okwir, Ministerin im Vizeministerbüro Ugandas, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Wuppertal Institut, Sabine Christiansen (Moderation) und Gerhard Prante, Aventis Crop Science (v.l.)

Fotos: ZEF

und mit ein wenig Eigeninitiative der Dorfbewohner möglich ist, zeigten viele Beispiele, die während des Dialogs zur Sprache kamen. So schilderte beispielsweise ein Bauer aus einem Dorf in Indien, wie es in der trockenen Region gelang, Wasser zu sparen und effizienter damit umzugehen. Heute wird in der Region, die zuvor keine Lebensgrundlage mehr bot, wieder nachhaltige Landwirtschaft betrieben.

Kontrovers diskutiert wurde die Rolle der Biotechnologie. Sie sei weder die „allein selig machende Technologie“ noch und dürfe man Biotechnologie immer mit Gentechnologie gleichsetzen, betonte Gerhard Prante von Aventis Crop Science. Die Vertreter der Privatwirtschaft forderten, endlich mit den Diskussionen um den Einsatz der Biotechnologie aufzuhören. Vielmehr gelte es endlich, Mechanismen zu finden, die es ermöglichten, die bereits entwickel-

ten Technologien an die lokalen Bedürfnisse - zum Wohle der Bevölkerung - anzupassen. Ernst der Ulrich von Weizsäcker, Präsident des Wuppertal Instituts, warnte dagegen vor dem Einsatz gentechnologischer Verfahren. Er halte die Technologie für ebenso gefährlich wie die Atomenergie.

Große Hoffnungen für die Weiterentwicklung der ländlichen Räume werden weltweit auch auf den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien gesetzt. Miko Rwayitare, Geschäftsführer der Firma Telecell, Südafrika, berichtete von seinen Erfahrungen drahtlose Kommunikationstechnologien auf dem afrikanischen Kontinent zu vertreiben. „Oftmals scheitern die Bemühungen, die ländlichen Räume an die heutige Informationsgesellschaft anzuschließen, an den politischen Entscheidungsträgern. Diese haben, insbesondere in Afrika, doch gar kein Interesse an einer Verbesserung der Lebensumstände auf dem Land“, so seine harsche Kritik.

Eine generelle Forderung, die immer wieder gestellt wurde, lautete daher auch, politische Entscheidungen stärker von der Stadt auf das Land zu verlagern, um die dortige Lebensqualität zu erhöhen. Dadurch würden administrative und finanzielle Handlungsspielräume geschaffen, die es den Dörfern ermöglichen könnten, lokal erforderliche Infrastrukturmaßnahmen durchzuführen. Gleichzeitig sei jedoch auch die Eigeninitiative der Menschen gefragt und deren Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Damit hätten die Dörfer im 21. Jahrhundert sehr wohl eine Chance, sich zu attraktiven Lebensräumen zu entwickeln.

Impressum

Zentrum für Entwicklungsforschung
Center for Development Research
Universität Bonn
Walter-Flex-Str. 3
D-53113 Bonn
ISSN: 1438-0943

Redaktion: Monika Reule
Beirat: Dr. Ulrike Grote, Dr. Christopher Martius, Dr. Anja Schoeller-Schletter
Tel.: 0228/73-1811 oder -1846
Fax: 0228/73-5097
E-Mail: m.reule@uni-bonn.de
Internet: <http://www.zef.de>

ZEFnews erscheint dreimal jährlich in englischer und deutscher Sprache. Der Bezug ist kostenlos.